Nummer 271

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Donnerstag, 12. Juni 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", illustrierte Wochenbeilage, und „Heitre Welt", humoristische Wochenbeilage

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Sunk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Koppen, Berlin-Steglitz; Inseratenteil: H. Rongiewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 franzöf. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Der drohende Eisenbahnerstreik.

Streikstimmung auch im Deutschen Eisenbahnerverband.

Die BS-Korrespondenz teilt mit: Die Situation hat im Laufe des gestrigen Tages unzweifelhaft eine Verschärfung erfahren. Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte, wie gemeldet, seine Funktionäre aus dem ganzen Reich zusammengerufen, um zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Die Sitzung verlief gleichfalls sehr erregt und fast einstimmig wurde verlangt, daß die zentralen Instanzen den Streik proklamieren sollen. Es wurde beschlossen, eine entsprechende Resolution am heutigen Donnerstag dem Reichskanzler, dem Reichsfinanz- und dem Reichsverkehrsminister zu unterbreiten. Vorher wird noch eine Sitzung der drei Spitzengewerkschaften stattfinden, in der die Forderungen der Eisenbahner auf eine einheitliche Formel gebracht werden. Es ist anzunehmen, daß auf jeden Fall noch eine erneute Besprechung zwischen der Regierung und den Eisenbahnervertretern stattfindet, da inzwischen, besonders aus den besetzten Gebieten, ernste Nachrichten über die Stimmung der im Bahnbetrieb beschäftigten Arbeiter eingelaufen sind.

An die Adresse der Streikenden.

WTB Berlin, 11. Juni.

In Kreisen des Eisenbahnpersonals ist vielfach die Meinung vorhanden, daß der Personalabbau erledigt sei und weitere Abbaumaßnahmen nicht mehr in Betracht kämen. Diese Auffassung ist, wie uns von unterrichteter Seite bestätigt wird, unrichtig. Solange die Personalabbauverordnung in Kraft ist, hat die Verwaltung die gesetzliche Unterlage, **um ungeeignetes und überzähliges Personal auszuscheiden,** und sie ist aus wirtschaftlichen Gründen auch verpflichtet, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Wenn auch die auf das ganze Reichsbahngebiet ausgedehnte Gesamtaktion im großen und ganzen als abgeschlossen betrachtet werden kann, so hat sich inzwischen doch herausgestellt, daß noch weitere Einzelmaßnahmen in Aussicht genommen werden müssen und zum Teil schon im Gange sind, um das mit der Personalabbauverordnung zu erreichende wirtschaftliche Ergebnis auch überall herbeizuführen. Die für die Ausführung verantwortlichen Stellen des Außendienstes werden in sorgfältiger Nachprüfung festzustellen haben, wo noch ungeeignetes Personal vorhanden ist und inwieweit vorhandene Kräfte noch entbehrt werden können.

Beratungen des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett nahm in seiner gestrigen Sitzung die Vorträge der Herren Staatssekretäre Trendelenburg und Vogt über die **bisherigen Verhandlungen des Organisationskomitees für die Industrieobligationen und die Eisenbahnen** entgegen.

Ebenso wurde die Frage der **Micumverträge** erörtert. Beschlüsse hierzu wurden noch nicht gefaßt, da man erst die Ergebnisse der heute beginnenden Besprechungen mit der Micum in Düsseldorf abwarten will.

Ende der Regierung Macdonald im August?

EP **London,** 11. Juni.

Die „Evening News" teilen mit, daß eine Persönlichkeit, die in sehr engen Beziehungen zu der Arbeiterpartei steht, erklärt habe, Macdonald sei zu dem Entschluß gekommen, die Arbeiterregierung werde noch im Laufe des Monats August zu Ende gehen. Es seien Instruktionen an die Führer der Arbeiterpartei in allen Wahlkreisen gesandt worden, um die Wahlkampagne vorzubereiten. Die Kampagne würde sich vor allem um den Bau billiger Häuser drehen, denn die Regierung sei überzeugt, daß die Konservativen und Liberalen, die bisher bei der Beratung der Vorlage diese unterstützt haben, sich letzten Endes vereinigen werden, um sie zu Fall zu bringen. Macdonald werde diese Gelegenheit benützen, um dem Könige die Auflösung des Parlamentes und die Veranstaltung von Neuwahlen vorzuschlagen. Er sei überzeugt, daß der Arbeiterpartei große Vorteile erwachsen werden, wenn sie die Frage des Baus billiger Häuser, die in weiten Volkskreisen populär geworden sei, als Plattform der Kampagne verwenden werde.

Präsidentenwahl in Versailles am Freitag.

Wie in Kammer und Senat mitgeteilt wurde, wird die Nationalversammlung in Versailles am Freitag, nachmittags 2 Uhr, den neuen Präsidenten der Republik wählen.

eca **Versailles,** 11. Juni.

Die Vorbereitungen in dem Kongreßsaal in Versailles haben heute früh in vollem Umfange begonnen. Um 9 Uhr kamen bereits mehrere Möbelwagen mit Möbeln aus den Nationalbeständen an und brachten die einzelnen Stücke, die dazu bestimmt sind, die Wohnung des Vorsitzenden der Nationalversammlung auszustatten. Heute nachmittag fand im Kabinett des Präfekten des Departements Seine et Oise, Bonnefoy Sibour, eine Konferenz statt, an der die Quästoren der Kammer und des Senats teilnahmen, ferner die Vertreter des Militärgouverneurs von Paris, der Polizeipräfekt der Kriminalpolizei und andere Persönlichkeiten, um die notwendigen Ordnungsmaßnahmen zu besprechen.

Das kommende Kabinett Herriot?

Paris, 11. Juni.

Die Freunde des Abgeordneten Herriot erklären, er sei bereit, schon Freitag abend nach der Präsidentenwahl sein Kabinett zu bilden. Die Ernennungsdekrete des neuen Ministeriums würden Sonnabend vormittag im „Journal Officiel" veröffentlicht werden, und die Regierung werde schon am Nachmittag vor dem Parlament erscheinen. Nach der Debatte, die der Verlesung der ministeriellen Erklärung folgen werde, habe Herriot die Absicht, die Beratungen des Parlaments für einen Tag zu unterbrechen, damit er Fühlung mit den Alliierten nehmen könne.

Das Rücktrittsschreiben Millerands in Kammer und Senat.

„Zur Kenntnis gebracht."

eca **Paris,** 11. Juni.

Die Sitzung der Kammer wurde um 3,10 Uhr eröffnet. Als Painlevé mitteilte, daß er von Millerand ein Schreiben empfangen habe, erhoben sich die Mitglieder des Zentrums und der Rechten von ihren Sitzen und hörten die Verlesung des Demissionsschreiben stehend an. Die Linke und die äußerste Linke riefen der Minderheit ironische Bemerkungen zu. Doch gab die Verlesung des Demissionsschreibens zu keinen Zwischenfällen Anlaß. Die Linksparteien äußerten Beifall. Auf die Rufe der Rechten und des Zentrums: „Es lebe Millerand!" antwortete die Linke mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!" und „Nieder mit Millerand!"

Nach der Verlesung des Demissionsschreibens erklärte Painlevé, daß dem Präsidenten der Republik die Verlesung seines Rücktrittsschreibens zur Kenntnis gebracht werde und daß das Schreiben im Kammerarchiv aufbewahrt würde. Ein Mitglied der äußersten Linken rief dazwischen: „Wehe denen, die die Armen verraten!" Dieser etwas dramatische Zwischenruf verursachte eine gewisse Erregung. Painlevé teilte darauf mit, daß der Senatspräsident entsprechend der Verfassung mit der Einberufung der Nationalversammlung beauftragt worden sei und daß diese am Freitag nachmittag 2 Uhr in Versailles zusammentreten werde. Die Kammersitzung wurde darauf um 3,20 Uhr auf Sonnabend nachmittag vertagt.

Im Senat ist das Demissionsschreiben Millerands ebenfalls verlesen worden. Darauf gab der Senatspräsident die Verfassungsartikel bekannt, die die Wahl des Präsidenten der Republik bestimmen. Er teilte mit, daß demzufolge die beiden Kammern am kommenden Freitag sich in Versailles versammeln werden, um den neuen Präsidenten der Republik zu wählen. Die Sitzung wurde darauf ebenfalls um 3,20 Uhr aufgehoben.

Millerands Botschaft an das französische Volk.

Millerand gibt dem französischen Volk durch folgenden Brief die Gründe und Umstände seiner Demission bekannt:

„Meine lieben Mitbürger! Indem ich die Befugnisse niederlege, die mir die Nationalversammlung am 23. September 1920 mit mehr als ¾ ihrer Stimmen übertragen hat, wende ich mich an Euch.

Als erster Beamter der Republik am Tage nach dem grausamsten und ruhmreichsten aller Kriege dazu berufen, über Frankreichs Geschicken zu wachen, wußte ich, daß sich Euer einstimmiger Wunsch in einem Worte zusammenfassen ließ: Friede.

Friede nach außen durch Abkommen mit unseren Verbündeten, kraft dessen die Weiterentwicklung der internationalen Entente unter Führung des Völkerbundes, die Ausführung des Versailler Vertrages, Ordnung, Sicherheit und Wiedergutmachungen verbürgt würde, und durch Ausführung der diplomatischen Akte die Grundlage des neuen Europas gebildet werden mußte.

Friede nach innen mittels Vergessen der Zwistigkeiten, die aus der Vorkriegszeit stammten, mittels Achtung vor Glauben und Meinungen jedes Staatsbürgers, mittels Schutzes aller Rechte und gerechten Interessen, Ruhe, Arbeit und Ordnung für das Andauern materiellen und moralischen Fortschrittes.

Die Regierung konnte, indem sie an die Ausführung dieses Programmes ging, die Schuld Frankreichs gegenüber den zerstörten Gebieten und gegen seine Kriegsopfer nicht vergessen, um Frankreichs Steuerzahler zu entlasten, da diese nicht weniger als 100 Milliarden bereits vorgeschossen hatten, an Stelle der besiegten Schuldner. Alle Kabinette, die ich die Ehre hatte, zu leiten, haben sich den Aufgaben gewidmet, die ich eben dargelegt habe. Während dieser vier Jahre hat die Welt das eindrucksvolle Schauspiel anerkannt, daß das arbeitsame und ruhige Frankreich ihr gab, indem es sich bei den Aufgaben des Friedens ebenso mutig zeigte wie in den Prüfungen des Krieges.

Am 11. Mai 1924 haben die allgemeinen Wahlen stattgefunden. Getreu der ersten Aufgabe des Präsidenten der Republik, der gewissenhaften Achtung vor dem allgemeinen Stimmrecht, habe ich mich an die mir von ihm bezeichneten Politiker gewandt. Mit ihnen wollte ich bei der Führung der öffentlichen Angelegenheiten loyal zusammenarbeiten. Auf mein Anerbieten haben sie mit einer Weigerung geantwortet und

meinen Rücktritt verlangt, eine nicht zu rechtfertigende Forderung, welche dem Geist und dem Buchstaben der Verfassung aufs Schlimmste widerspricht.

Wenn unsere Verfassung die Wahl des obersten Staatshauptes einzig und allein in die Hände der Parlamente legt, so ist sie wenigstens so vorsichtig, zu bestimmen, daß das Oberhaupt, wenn es einmal gewählt ist, abgesehen von Falle des Hochverrats, niemandem während der Dauer seines Amtes Rechenschaft zu geben hat. Die von dem Parteigeiste eingegebene Drohung eingegebene Entscheidung hat nunmehr diese Sicherheit zu Boden geworfen. Unter ihrem Drucke hat man sich in Verhandlungen außerhalb des Parlamentes dahin erklärt, daß der Präsident der Republik, weil er sich der Mehrheit der neuen Kammer nicht beuge, sofort zurücktreten habe, ohne das gesetzmäßige Ende seines Auftrages abzuwarten.

Das ist ein gefährlicher Präzedenzfall, der droht, aus der Präsidentschaft den Einsatz der Wahlkämpfe zu machen, der auf dem Umwege über die Volksabstimmung unsere politischen Gebräuche untergräbt und der Verfassung die einzige in ihr gegebene Grundlage der Kontinuität und der Stabilität nimmt. Ich hätte geglaubt, Verrat zu begehen, wenn ich mich zum Mitschuldigen einer so schwerwiegenden und gefahrvollen Neuerung gemacht hätte, und habe Widerstand geleistet. Ich gehe erst, nachdem ich alle mir zustehenden gesetzlichen Mittel versucht habe.

Morgen werde ich in der Reihe und an der Seite der guten Republikaner, die mir aus allen Teilen des Landes Beweise ihrer Zustimmung haben zugehen lassen, den Kampf für die Freiheit der Republik und für Frankreich wieder aufnehmen."

Die Präsidentschaftskandidaten Painlevé und Doumergues.

Die sozialistische Kammergruppe hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten und sich auf die Kandidatur Painlevés für den Posten des Präsidenten der Republik festgelegt. Es ist beschlossen worden, daß an der Vorabstimmung für die Wahl des Präsidenten der Republik alle Deputierten teilnehmen sollen, die den vier Gruppen angehören, die zum Kartell der Linken zählen, sowie ferner alle Kammermitglieder, die für den Anschlag der Antrittsrede des Kammerpräsidenten, sowie die Kammermitglieder, die für die Tagesordnung Herriot gestimmt haben.

Die Fraktion der demokratischen Linken des Senats ist nach der heutigen Senatssitzung zusammengetreten und hat beschlossen, zu der Vollversammlung der Fraktion der Linken zur Bezeichnung der gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentenschaft der Republik die republikanische Mehrheit in weitestem Umfange zuzulassen. Die Kandidatur Doumergues ist, wie zuverlässig verlautet, bei dieser Gelegenheit angeregt worden.

Frankreichs Sicherungspropaganda.

Von

Prof. **Wilhelm Rahn,** Berlin.

Die Nr. 247 der „Berliner Börsen-Zeitung" brachte unter der treffenden Ueberschrift „Die Angst vor dem wehrlosen Deutschland — wie englische Abgeordnete auf die französische Hetze reagieren" den Bericht über Verhandlungen im englischen Unterhause über den Stand unserer Abrüstung und die Frage der Möglichkeit einer deutschen Revanche. Die Anfragen der Abgeordneten und die Antworten des Regierungsvertreters Chynes bewegen sich auf derselben Linie, die Lord Robert Cecil (den politische deutsche Kinder als Deutschenfreund bezeichnen zu können glauben) im März 1923 in den „Daily News" also zeichnete: „Frankreich kann vorschlagen, die Gefahr, die es aufrichtig von Deutschland befürchtet, solle durch die dauernde Entmilitarisierung des linken Rheinufers abgewandt werden." Es war vorauszusehen, daß Poincaré, je mehr die Frage der Räumung des Ruhrgebietes für Frankreich aktuell wird, um so mehr wiederum die Sicherungsfrage gegenüber Deutschland in den Vordergrund schieben werde; es besteht kein Zweifel, daß seine Nachfolger diese Politik Poincarés fortsetzen werden!

Wenn es in der ganzen alliierten Politik noch ein größeres Paradoxon gibt als dasjenige, Deutschland solle Reparationen zahlen, während zugleich Deutschlands Lebenskraft abgewürgt wird, so ist es dieser Anspruch Frankreichs, es habe ein besonderes Recht auf Sicherheit. Diesem Paradoxon gibt ein „neutraler Staatsmann" in einer der letzten Nummern der „Foreing Affairs" folgenden treffenden Ausdruck: „Frankreich kommt zu Europa mit der größten Luftmacht in der Welt, die es beständig erhöht, mit der größten Armee in der Welt, und sagt zu ihm: Gib mir Schutz gegen Deutschland! Dieses Deutschland, auf dessen Gebiet Frankreichs Armeen verschanzt sind, dessen industrielles Leben mit voller Absicht gelähmt wird."

Erstaunlicher aber als die Agitation Frankreichs erscheint dem neutralen Staatsmann die englische Psychologie, die diesen Anspruch als „diskutierbar" zugibt. Der Artikel weist durch eine feine Analyse nach, daß auch diese Unverständlichkeit ihre letzte Wurzel in der Schuldlüge hat. Der neutrale Staatsmann schreibt darüber: „Frankreich verdankt seinen Erfolg, Europa das Sicherheitsproblem als ein speziell französisches Problem aufgezwungen zu haben, der Lüge von dem „unprovozierten Angriff", zu dessen Opfer der Versailler Vertrag es gemacht hat. Diese Lüge ist die damnosa hereditas des Krieges. Alle die Uebel, die sich seitdem anhäuften, lassen sich auf sie zurückführen. Sie war die Grundlage des ursprünglich geplanten Vertrags militärischer Hilfe für Frankreich, wie sie die Grundlage der nun vorgeschlagenen Verträge gegenseitiger Unterstützung ist, durch die die französische Diplomatie heute die Wirkungen des Fehlschlages ihres ersten Versuchs aufzuheben sucht. Sie ist die Grundlage der einseitigen Entwaffnung Deutschlands und der Fortsetzung der ihm aufgezwungenen militärischen Kontrolle im Interesse eines bis an die Zähne bewaffneten Nachbarn." Und an anderer Stelle heißt es: „Bedauerlich und in neutralen Augen schleierhaft war vom englischen Standpunkte aus der Eigensinn, womit man englischerseits eine Fabel (Lüge) verlängerte, über die alle verantwortlichen Staatsmänner lächeln. Ihr Bestehen ist bis heute die Hauptursache von allen Schwierigkeiten Englands, der Stein des Anstoßes für die aufrichtigen Friedensbemühungen des britischen Premierministers". . . . „In gleicher Weise ist uns Neutralen unbegreiflich, warum eure (d. h. die englischen) Zeitungen die Enthüllungen aus den russischen Archiven so hartnäckig unterdrücken, die doch notwendig eine Umwälzung in den Gedanken der Neutralen hervorgerufen und die letzten Zweifel bezüglich der Fabel von dem französischen und russischen Opfer des deutschen Angriffs 1914 zerstört haben."

Werden diese Ausführungen eines neutralen Staatsmannes irgendwelchen Eindruck auf England und weiter auf Amerika machen? Hätte nicht übrigens das Studium der Geschichte der letzten 300 Jahre über die deutsch-fran-

OBERHOF
Der alpine Luftkurort im Thüringer Wald
825 ü. d. M.
:-: Golf- und Tennis-Sport :-:
Schnellzugstation: Berlin—Kissingen—Stuttgart—Mailand.
Auskunft und Prospekt durch die Kurverwaltung.
Tel. 4. (1870-72)